

## TILMANN VOGT

## »... gehen wir zu ihr!«

## Der Niedergang der DDR im Lichte des Staatskapitalismustheorems von Friedrich Pollock

Die DDR ist Geschichte. Eine langlebige allerdings. So reicht doch ihr Vermächtnis an Problemen, (heute eher unterbelichteten) Bereicherungen, Prägungen und Traditionen sozialer, ökonomischer und kultureller Art in die heutige Zeit hinein. Gerade bei der Behandlung der Probleme in den neuen Bundesländern nach der Wende ist man daher angehalten, sich des Erbes der DDR zu vergewissern, um dadurch einen besseren Einblick in die Schwierigkeiten des »Aufbau Ost« zu erlangen.

Die Deutungshoheit über die Verfasstheit des Staates, dessen Namen man in der alten Bundesrepublik nur in Anführungszeichen zu schreiben pflegte, ist weiterhin ideologisch umkämpft. So sind nicht wenige Analysen des Gesellschaftssystems der DDR mit Selbstgerechtigkeit und Häme über den Niedergang des Oststaates durchtränkt.

Bei einem solchen Grad der Politisierung wird die Frage, warum die DDR scheiterte, eher vernebelt als erhellt.

Klaus Steinitz sieht die schnelle Abfertigung der DDR vor allem durch einen radikalen Verlust des Vertrauens der Menschen in die politische Führung begründet, wobei er dieses vorzugsweise auf deren fehlende Reformfähigkeit zurückführt. Weiter gefasst wäre allerdings zu fragen, warum in der Wendeperiode in so kurzer Zeit eine dermaßen fulminante Entsolidarisierung der Bürger mit dem Staat stattfinden konnte, der mit seinen Institutionen immerhin gut vierzig Jahre bestand und in dem ein Hauptteil der Bevölkerung aufgewachsen war und sozialisiert wurde.

Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik legt eine Rekapitulation ihrer wirtschaftlichen Verfasstheit nahe, wobei es zu sondieren gilt, welche Faktoren in dieser angelegt waren, die den Staat dann später zu Grunde richteten.

Bei der ökonomischen Analyse wird dazu häufig auf die im Vergleich zur BRD mindere Produktivität gepocht, prinzipiell scheint es *en vogue* zu sein, die DDR und die Bundesrepublik in Chiffrenblöcken gegeneinander konkurrieren zu lassen, dann flugs die ständige Unterlegenheit des Oststaates zu konstatieren, um schlussendlich munter zum schnellen Urteil zu gelangen, die DDR hätte einfach keine Chance gehabt. Diese Perspektive führt allerdings nur begrenzt zu Erkenntnissen. So ist doch auch sie in den ideologischen Scheuklappen der derzeitigen Hegemonie befangen und weigert sich zu begreifen, dass es sich um zweierlei Systeme mit unterschiedlichen Wertemustern handelte, die nicht ohne weiteres unvermittelt neben-

Tilman Vogt – Jg. 1983; Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin; Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für politische Ideengeschichte; Kulturreferent des AstA der FU seit 2006.

1 Im Folgenden stammen alle Zitate aus diesem Text, der veröffentlicht ist in: Helmut Dubiel, Alfons Söllner (Hrsg.): *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus: Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942*, Frankfurt/Main 1981, S. 81-109.

einander gestellt werden können, da in ihren Binnenräumen unterschiedliche Prioritäten herrschten, schon die in der DDR unmögliche Arbeitslosigkeit ist hierfür Beispiel genug.

Es bietet sich also eine kritische Analyse der DDR-Wirtschaft an, welche durch den geschichtlichen Gang der Systemkonkurrenz weitgehend unbelastet geblieben ist und sich so zumindest gegen die tendenziöse Siegermentalität resistent weiß. Dazu wäre eine Theorie zu bevorzugen, welche die Kommandowirtschaft der DDR, wenn man so will, immanent »von links« zu kritisieren trachtet und in der Freiheit nicht gleichbedeutend mit der Freiheit des Investors ist.

Ein frühes Modell bietet der in der Kritischen Theorie beheimatete Ökonom Friedrich Pollock an.

Ironischerweise wurde der Kritischen Theorie in der Rezeption innerhalb der DDR wegen ihrer angeblich fehlenden Implikationen der Politischen Ökonomie der marxistische Charakter aberkannt, wohl insgeheim wissend, dass man sich innerhalb ihrer besonders intensiv mit Planwirtschaften und ihren Fehlern auseinandergesetzt hatte. Im Gegensatz zur Kolportage im Ostblock war Pollocks Schwerpunkt genau die Politische Ökonomie mit dem Fokus auf der Analyse von statistischen Modellen, was ihn 1929 die Studie »Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927« veröffentlichten ließ.

In seinem Aufsatz »Staatskapitalismus«<sup>1</sup> versucht er die Tendenz der Verstaatung der Gesellschaften analytisch zu fassen. Dabei schaffte er eine Art Schablone, welche auf verschiedene damalige gesellschaftliche Formationen anzuwenden war. Zwar bezog er sich hauptsächlich auf den jüngst etablierten Nationalsozialismus, trotzdem sollte das Modell auch für die Sowjetunion gelten. Max Horkheimer wandte dieses Schema in seinem Aufsatz »Autoritärer Staat« dann expliziter an und benannte drei damit zu charakterisierende Systemformationen: Faschismus, Integraler Etatismus (Staatssozialismus) und New Deal.

Die zweite Variante entspricht weitgehend der DDR, welche sich ja so weit wie möglich an der UdSSR auszurichten versuchte, auch wenn die Kritiker noch den ungleich rigideren Stalinismus vor Augen hatten. Im Folgenden soll kurz die Theorie des Staatskapitalismus vorgestellt und auf die DDR angewandt werden, wobei das Hauptinteresse auf den Grenzen und Problemen liegt, die Pollock diesem System prophezeit, um dadurch Erkenntnisse über den Niedergang des ostdeutschen Staates und seiner Ökonomie zu gewinnen.

Pollock weist den Staatskapitalismus als notwendige Phase der kapitalistischen Entwicklung aus, welche den Liberalismus sowie den Monopolkapitalismus beerbt, da diese aufgrund der ihnen innewohnenden Krisentendenzen die gesellschaftliche Kohäsion auflösen und durch die sich radikalierenden Antagonismen von dem Zusammenbruch bedroht sind. Der Staatskapitalismus ist also eine Reaktion auf die kapitalistische Krise, deren Ausmaß der Privatkapitalismus nicht mehr meistern kann. Am offensichtlichsten tritt dies bei den Überproduktionskrisen, die von ausufernder Massenarbeitslosigkeit begleitet sind, zu Tage. Beide Krisensymptome bieten den Anschlusspunkt für den Staatskapitalismus, die es zu meistern gilt.

Tatsächlich maß die Konzeption des real-existierenden Sozialismus in der DDR genau diesen Momenten elementaren Charakter zu: die gesellschaftliche Konstruktion war auf ihre Vermeidung angelegt. Dementsprechend bestand in der DDR bis zum Beginn der Auflösung das Dogma des »Rechts auf Arbeit«, wie auch das Projekt der Planwirtschaft für sich den Anspruch hatte, über die zentrale Steuerung der Produktion und der Distribution die zyklische Fehlkalkulation der privatkapitalistischen Produktionsweise zu vermeiden und so zu einer besseren Ausnutzung der Ressourcen zu gelangen.

Was früher der Markt und die Privatkapitalisten im Wechselspiel der Konjunktur besorgten, wird nun vom Staat in zentralisierter Funktion übernommen: »Koordination von Bedarf und Hilfsmitteln, Lenkung der Produktion und Verteilung«. Dazu werden von den staatlichen Behörden Pläne veranschlagt, der Markt verliert seinen freien Charakter, wird zum »Pseudo-Markt«, und die Preise werden festgesetzt. »Die Schaffung einer Wirtschaftssphäre, in die der Staat sich nicht einmischen darf, wie das für die Zeit des Privatkapitalismus wesentlich ist, wird grundsätzlich abgelehnt.« Durch die Zentralisierung der Planungsgewalt bei den verwaltenden Behörden weicht der Mechanismus des »laissez faire« dem Befehl von oben, dies »bedeutet den Übergang von einer vorwiegend wirtschaftlichen zu einer im wesentlichen politischen Ära.«

Dem entspricht aber auch, dass die Angst vor der Arbeitslosigkeit verschwindet, wie sie in der wirtschaftlichen Ära prägend war und die als Antrieb wirkte, welche nun durch direkte politische Drohung und Repression ersetzt wird, damit die Produktivität nicht zu sehr sinkt.

Dem Staatskapitalismus prognostiziert Pollock quasi ungebremste Produktivität, welche durch die rationalere Verteilung und Einsetzung der Güter durch eine Zentralstelle garantiert wird: »Wirtschaftsprobleme im alten Sinn existieren nicht mehr, wenn die Gleichschaltung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht mehr durch die natürlichen Marktgesetze, sondern durch die bewusste Planung erreicht wird.«

Waren die vorigen Beschreibungen der Organisation der DDR-Wirtschaft erstaunlich passend, so scheint sich die letzte Aussage durch den Lauf der Geschichte zu blamieren. So stellen die vermeintlichen Überlegenheiten des Staatskapitalismus, wie Produktivität und Systemstabilität, gerade die wunden Punkte dar, welche die Marktwirtschaft den Sieg der Systeme davontreiben ließen. Trotzdem wäre es voreilig, die Überlegungen Pollocks auf Grund dieses zugebenermaßen schwergewichtigen faux-pas zu schnell in den Wind zu schlagen. So betrachtet er doch auch die Grenzen des Staatskapitalismus, die zu seinem Zusammenbruch führen können und die hier im Abgleich der Entwicklung der DDR nochmals Erwähnung finden sollen:

»Ohne reichliche Versorgung mit Rohstoffen, Ausstattung mit Maschinen und der Anpassungsfähigkeit moderner Industriearbeiter sind mit dem Eingreifen des Staatskapitalismus große Verluste verbunden, größere wahrscheinlich als mit dem Marktsystem.« In dieser lapidaren Aufzählung sind allerdings viele Punkte, wie die eklatante Demontage von Fabrikanlagen durch die UdSSR, die Flucht von Facharbeitern oder der permanente Rohstoffmangel, angespro-

chen, die tatsächlich dazu führten, dass die DDR dem Marktsystem im Westen unterlegen war.

Dies führt uns zu dem Hauptproblem des Staatskapitalismus in der DDR, welches sich mit Pollocks Analyse konstatieren lässt: »Das wirkliche Problem der Planung liegt nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet, in der Bestimmung der Prinzipien, *welche Bedürfnisse Vorrang* haben sollen, wie viel Zeit auf die Arbeit verwendet, wie viel vom Sozialprodukt verbraucht und wie viel für die Erweiterung der Produktion verwandt werden soll. Unverkennbar können diese Entscheidungen nicht ganz willkürlich sein, sondern hängen weithin von den verfügbaren Mitteln ab.«

Was sich hier auf den ersten Blick als ökonomisches Einmaleins (es darf nicht mehr ausgegeben als eingenommen werden) gebärdet, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ernstzunehmendes Menektekel für die DDR-Ökonomie. In der Planwirtschaft bedarf es nämlich der »Eingliederung (...) des Konsums in den allgemeinen Plan«.

Hier zeigt sich nun, dass die politische Ökonomie auch Sozialwissenschaft ist, die mit Menschen und ihrer Subjektivität verknüpft ist. Am wirkungsmächtigsten gebärdet sich dies im Moment der Bedürfnisse oder, ökonomisch gesprochen: der Nachfrage. Sie ist das Scharnier zwischen vitalem Menschen und kalter Produktionschiffre, welches immer wieder gewaltig in die ökonomischen Berechnungen hineinintervenierte. Die Überproduktion ist das Schreckgespenst der Marktwirtschaft. Doch auch die Planwirtschaft ist dort betroffen, wo sie sich als unfähig erweist, die Bedürfnisse der Bürger in dem Maße zu definieren, dass sie in den Stand setzt, diese auch zu befriedigen.

Hier lag ein Hauptproblem der DDR, welches allerdings politischer Natur war. Durch die kulturelle und geographische Nähe zur Bundesrepublik, durch den ständigen Einfluss der bundesrepublikanischen Medien und der in ihr geprägten Konsumnormen, gelang es der DDR-Führung bis zuletzt nicht, eine eigene, der eigenen wirtschaftlichen Fähigkeit angemessene Bedürfnishierarchie in der Bevölkerung zu verankern.

Allerdings trugen auch die Behörden der DDR erheblich dazu bei, diese Problematik zu verschlimmern. Das ständige Schielen nach »drüben«, verbunden mit der Idealisierung der westdeutschen Produktpalette, wurde sicher nochmals verstärkt, indem man die Intershops als eine Art Warenreservate und Einkaufstempel für die Jubeltage, an denen Devisen zur Verfügung standen, etablierte und durch ihre Rarität nochmals hervorkehrte, wie viel erstrebenswerter die Westprodukte im Vergleich zur Massenware im Osten doch waren. Das System der Intershops könnte man, die rein ökonomischen Beweggründe ihrer Etablierung im Hinterkopf behaltend, zugespitzt als selbstimportierten Bedürfnisimperialismus bezeichnen.

Die DDR befand sich mit der BRD in einem Systemkampf, der am härtesten auf dem materiellen Feld geführt wurde, wo die DDR nach kapitalistischen Maßstäben, welchen sich die DDR-Bürger nicht entziehen konnten, einen eindeutigen Nachteil hatte. Trotz allem versuchte sie den Kampf auf zwei Terrains zu führen. Einerseits wurden die ideologisch-humanen Prämissen der Vollbeschäftigung und Planwirtschaft beibehalten und ausgebaut, was in die BRD und nach

West-Berlin zurückstrahlte. So ist zu vermuten, dass ein guter Teil der Berlinsubventionen und des bundesrepublikanischen Sozialstaates, die heute nach der Blockkonfrontation so eifrig abgebaut werden, der Angst der Politiker im Westen zu verdanken ist, die Zustimmung der arbeitenden Klassen für das kapitalistische System zu verlieren. Andererseits wurde in der DDR aber auch die berühmte Parole ausgegeben, den Kapitalismus zu überholen, ohne ihn einzuholen. Materiell spezifiziert wurde dies zum Beispiel durch Walter Ulbricht, der die dezidierte Marschroute vorgab, es sei die Hauptaufgabe, Westdeutschland im Bezug auf den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an wichtigsten Gütern zu übertreffen. Hier wird deutlich, in welches Dilemma sich die DDR-Führung verstrickte. Auf der einen Seite sollte der Staatskapitalismus mit seinen Vorzügen gehalten werden, was aber nach Pollock bedeutet, dass die Verwaltung Herr der Bedürfnisse sein muss. Auf der anderen Seite wurden aber genau diese von außen diktiert, beziehungsweise übernommen, was mit der Machbarkeit der Pläne kollidierte.

So jagte die staatliche Plankommission, welche die offiziellen gesellschaftlichen Bedürfnisse formulierte, irrealen Produktionsprojekten nach, welche von den überlasteten Kombinatennur durch manipulierte Ergebnisberichte eingehalten werden konnten, was einer rationalen Planung die Basis entzog. Die politische Führung war unentwegt bedacht, die vom Westen genährten Bedürfnisse einzufangen und ihnen so ihren subversiven Stachel zu nehmen, was allerdings nur um den Preis des Kopierens der Begehren erreicht wurde. Durch diese politischen Entscheidungen (die sich darüber hinaus auch bei dezidierten Entscheidungen gegen die Meinung von Wirtschaftsexperten durchsetzten, man denke nur an den propagandistisch hochgespielten Kauf einer VW-Produktionsstraße im Jahre 1983, deren Installations- und Modifikationskosten sich von 3 auf 9 Milliarden Mark verdreifachen sollten) wurde die wirtschaftliche Rationalität der Pläne untergraben, der Antagonismus der Gesellschaft von Produzenten und Bürokraten schlug sich auch hier nieder: »Wir werden sehen, dass Planung in einer antagonistischen Gesellschaft nur im technischen Sinne das Werkzeug ist, wie das in einer Gesellschaft wäre, in der Harmonie der Interessen herrscht. Politische Erwägungen greifen bei jedem Schritt in die Aufstellung und Durchführung eines Planes ein, der das Optimum auf jedem Gebiet erstrebt.«

Hier liegt ein Schlüssel für das Verständnis der Entscheidung des VIII. Parteitagess der SED 1971, den Hauptteil der Staatseinnahmen für den Konsum zu verwenden, was zu einer stetigen Unterinvestition führte, die sich dann auf das Veralten der Produktionsanlagen und der Infrastruktur auswirkte und eine innovationsblockierende Atmosphäre erzeugte. Auch die jährlich garantierte Steigerung der Löhne um 4 Prozent fällt in die Rubrik der ideologischen Manöver, welche immer mehr zur Aushöhlung der DDR-Finzen beitragen.

Man kann also resümieren, dass die DDR den Systemkampf mit dem Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus zu führen trachtete, sich den Regeln des Privatkapitalismus mit seinen Normen aber weiterhin zu unterwerfen hatte, indem es nicht gelang, eine an-

dere, der Planwirtschaft angemessene Bedürfnisstruktur zu stimulieren.

Dies müssen auch die DDR-Bürger geahnt haben, welche sich, in der Wendezeit vor die Wahl gestellt, lieber für das Original als für die Kopie entschieden.

Die Folgen dieser induzierten Idealisierung des Westens treten allerdings bis heute noch auf den Plan. Schon bald schienen die Geister, die man rief, Vorboten eines veritablen Desasters zu werden: Der Ruf nach Einheit wurde zum Bumerang und die Akklamation der »Brüder und Schwestern im Osten«: »Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zu ihr!« musste sich in den Ohren der westdeutschen Bürokraten schnell als volkswirtschaftliche Drohung anhören. Da wundert es kaum, dass der ostdeutsche Markt mit seinen Produkten nach der Öffnung der Grenzen prompt zusammenbrach und das Vollziehen der Ankündigung »... gehen wir zu ihr!« zu den katastrophalen demographischen Folgen in Ostdeutschland durch Abwanderung geführt hat, die wir heute kennen.

Umso erstaunlicher ist es, dass Friedrich Pollock die Problematik der Bedürfnisdefinition in ihrer Kollision mit der rationalen Gesamtplanung schon 1941 geahnt hatte und die Probleme des Staatskapitalismus eher als politische, denn als wirtschaftliche definiert. Dies widerspricht einer heute verbreiteten Annahme, die DDR wäre einfach »bankrott« gewesen und aus wirtschaftlichen Gründen gescheitert. Nur wenige Kommentatoren wie Klaus Steinitz stellen dem entgegen, dass zum Untergang des Oststaates die Ökonomie zwar wesentlich beitrug, aber politische Gründe entscheidend waren.

Die Problematik, die Pollock aufwirft, liegt tiefer: Für ihn ist der Staatskapitalismus weiter eine antagonistische Gesellschaft, in der die Menschen über ihre Bedürfnisse nicht selbst entscheiden und danach die Produktion organisieren. Daraus ergibt sich dann für die herrschende Gruppe die Notwendigkeit, die Neigungen der Bevölkerung kontrollieren zu können. Ähnlich beurteilt auch Steinitz die Lage: Für ihn fand in der DDR zwar eine Verstaatlichung, aber keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel statt, was das autoritative Verhältnis mit all seinen entfremdenden Implikationen fortbestehen ließ.

Dies wäre allerdings eine Anklage, die auch auf die heutigen »Sieger« der Weltgeschichte zurückfiel, die mit ihren Heilungskonzepten der Deregulierung quasi denselben Determinismus wie Pollock, nur unter umgekehrten Vorzeichen, anklingen lassen. So hätte dem Staatskapitalismus wie naturgesetzlich der entfesselte Privatkapitalismus zu folgen. Man wird sehen, inwieweit die Geschichte hier ihr Ende findet.